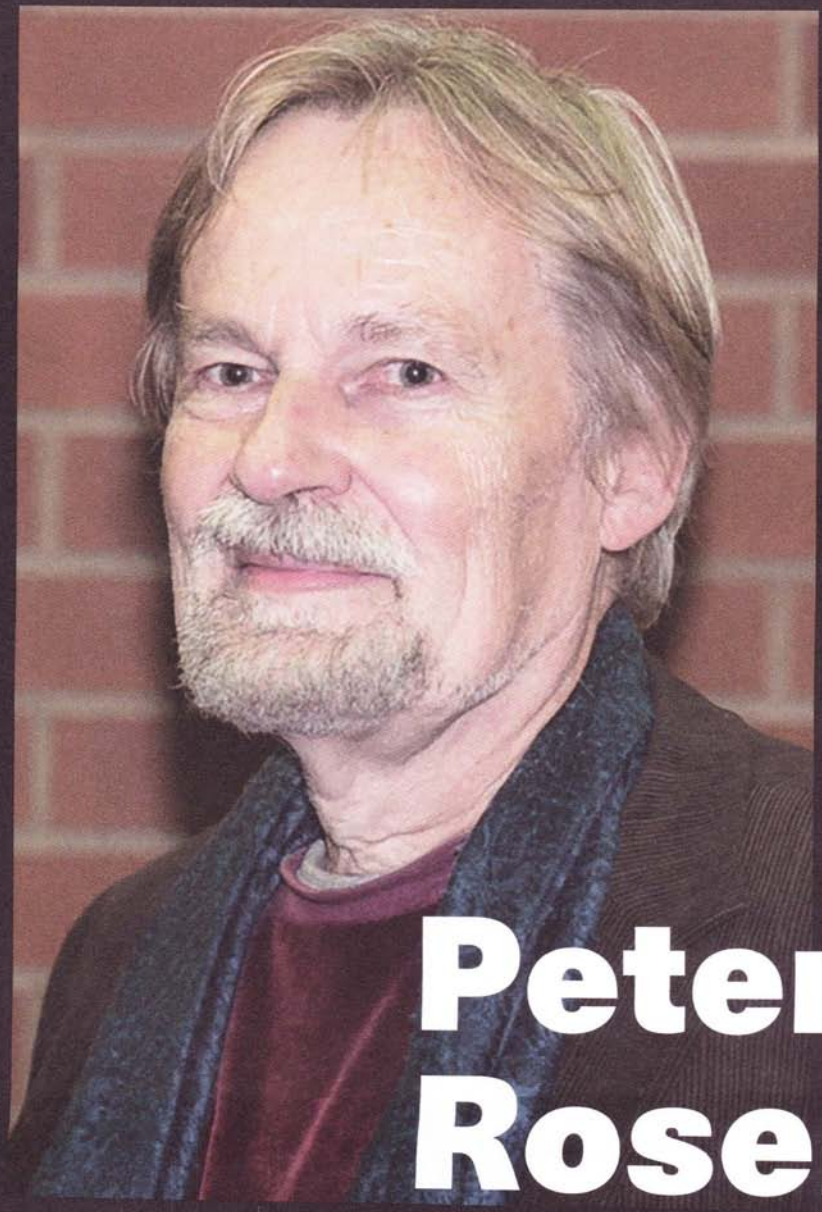


Peter Rosenb

07.03.1978 Mitteilung MK über Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien beim Studienseminar in Celle zum 01.05.1978

16.06.1978 Bezirksregierung Braunschweig nach Information zu verfassungsfeindlicher Betätigung, Anfrage an MI – Abt.4 – Verfassungsschutz

07.12.1978 Vermerk RP Lüneburg über Anruf von Herrn Loschke, Studentenwerk Braunschweig, mit Hinweis auf strafrechtliche Vorgänge zu dem Referendar Rosenbaum

23.01.1979 Vermerk MI – Ref. 15 – zum Sachstand, noch kein vollständiges Bild über verfassungsfeindliche Aktivitäten, Bezirksregierung Lüneburg hat Strafakten angefordert, die dann an MK und MI weitergeleitet wurden

26.02. 1979 Bezirksregierung Lüneburg an Peter Rosenbaum: Ladung zur Anhörung

08.05.1979 Akteneinsicht durch Anwälte, Auffinden eines Vermerks über den Anruf von Herrn Loschke und weitere Veranlassungen

31.10.1979 Beendigung des Referendariats mit 2. Staatsexamen

31.10.1979 Bewerbung bei der Bezirksregierung Braunschweig

01.11.1979 Dienstantritt bei der BBS VI „Agrarwirtschaft", Braunschweig

16.11.1979 Mitteilung der Schulleitung an Peter Rosenbaum über sofortige Entlassung auf telefonische Anweisung der Bezirksregierung Braunschweig

baum

140 **18.01.1986** Kleine Anfrage der Abg. Trittin, Matthes (Grüne) im Nds. LT zu Verstoß gegen Datenschutz im Studentenwerk Braunschweig zwecks Verhinderung der Berufung des grünen Ratsherren Peter Rosenbaum als Vorsitzenden des Studentenwerks, Auskünfte aus dem Bundeszentralregister im Zusammenhang mit dem studentischen Mensa-Boykott 1976 in Akten des Studentenwerks der TU Braunschweig

07.07.1986 Kleine Anfrage des Abg. Trittin (Grüne) im Nds. LT, Nachfrage zur obigen Anfrage, Landesregierung bestätigt nicht allgemein zugängliche Auskünfte aus dem Bundeszentralregister durch die StA Braunschweig an das Studentenwerk Braunschweig, unzulässiger Vorgang, nicht mehr zu klären

Mit Transparenten protestierte am Dienstag gegen acht Uhr eine Gruppe Studenten vor dem Gebäude des Verwaltungspräsidiums auf dem Bohlweg gegen die geplante Erhöhung des Mensa-Stammessens von derzeit 1,40 auf 1,80 Mark.
BZ-Foto: Hehlmuth Wesemann

Aus dem Bericht in der Braunschweiger Zeitung über den vom ASTA der TU Braunschweig organisierten Mensa-Boykott vom 20.10.1976, vorne links am Transparent Peter Rosenbaum

Vermerk aus der BezReg Lüneburg vom 7. Dezember 1978 über den Anruf von Herrn Loschke, Geschäftsführer des Studentenwerks Braunschweig, mit angeblichen Informationen zur politischen Tätigkeit des Referendars Peter Rosenbaum

- RP - Lüneburg, 07.12.1978

Vermerk:

Fernmündlich werde ich von Herrn Loschke, Braunschweig, dahingehend informiert, daß der Referendar Rosenbaum entweder bei einem Celler Gymnasium zur Ausbildung sich befinde oder in dem Celler Ausbildungsseminar. Dieser Referendar Rosenbaum habe sich der Nötigung, Körperverletzung anläßlich einiger studentischer Demonstrationen schuldig gemacht. Er sei nunmehr zu einer längeren Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. Herr L. wundert sich, daß der Referendar Rosenbaum, obgleich er angeblich nur ein Examen mit 4 - gemacht habe, offenbar leichter in den Ausbildungsdienst übernommen werde als manch anderer, der trotz besserer Examen und ohne diese strafrechtliche Vorbelastung auf seine Übernahme in den Vorbereitungsdienst längere Zeit warten müsse.

Ich habe Herrn Loschke gebeten, mir Ablichtung des Urteils zuzuleiten.

Abt. 4
über Herrn RVP

mit der Bitte um weitere Veranlassung und Bericht.

Für richtige Abschrift
gez. Rollhäuser

BezReg Lüneburg an den Studienreferendar Peter Rosenbaum vom 26. Februar 1979, Mitteilung „verschiedener Tatsachen“ zu angeblicher verfassungsfeindlicher Betätigung, Ladung zur Anhörung, S. 1 – 2

BEZIRKSREGIERUNG LÜNEBURG

Anlage 3

Postanschrift:
Bezirksregierung Lüneburg · Postfach 2520 · 2120 Lüneburg

Herrn
Studienreferendar
Peter Rosenbaum
d.d. Staatl. Studienseminar

3100 Celle

Gegen Empfangsbekenntnis

Urschriftlich abgesandt
Celle, den 7.3.79
364/79
Oberregierungsinspektor

(Bitte bei Antwort angeben)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Mein Zeichen	☎ (0 41 31)	Lüneburg
	410	25-7 26 oder 15-1 bzw. 25-1	26.02.1979

Beschluß des Landesministeriums vom 10.07.1972 i.d.F. vom 03.05./21.06.1977 (Nds. MBl. S. 884) über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung – Verfahren gemäß Tz. 2.7 des Beschlusses

Sehr geehrter Herr Rosenbaum!

Mir sind verschiedene Tatsachen bekannt geworden, die den Verdacht begründen, daß Sie nicht bereit sind, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Ich habe Sie daher zu den vorliegenden Erkenntnissen anzuhören. Ich bitte Sie, sich zu einer Besprechung in meinem Hause am Dienstag, 20.03.79, um 10 Uhr in meinem Dienstgebäude in Lüneburg, Beim St. Benedikt 10, Sitzungssaal Erdgeschoß einzufinden. Die Anwesenheit eines Rechtsbeistandes ist gestattet. Ich weise jedoch vorsorglich darauf hin, daß das Gespräch im übrigen nicht öffentlich ist.

Es handelt sich im einzelnen um folgende Erkenntnisse:

1. Sie sind Mitglied des "Kommunistischen Studentenbundes" (KSB),

2. bei den Wahlen zum Studentenrat bzw. zu den Fachschaftsräten an der Technischen Universität (TU) Braunschweig kandidierten Sie für den KSB im Juni 1973, im Januar 1974 (Sie wurden in den Fachschaftsrat gewählt), im Juni 1974 (Sie wurden in den Fachschaftsrat sowie in den Studentenrat gewählt), im Januar 1975 (Sie wurden in den Fachschaftsrat sowie in den Studentenrat gewählt, 2. Vositzender des AStA), im Juni 1975 (Sie wurden in den Fachschaftsrat sowie in den Studentenrat gewählt),

3. Sie sind für den KSB bzw. KBW u. a. wie folgt in Erscheinung getreten:

   3.1 Beteiligung an Informationsständen des KBW am 08.02.1975 und 26.04.1975 in Braunschweig, Kohlmarkt, am 24.03.1976

022-00-01
1177

...

in Braunschweig, Hutfiltern, am 03.06.1976 in Wolfenbüttel, Lindehalle, ferner am 31.05.1977, 13.05.1977, 18.06.1977, 27.06.1977, 04.07.1977, 09.01.1978, 14.01.1978 jeweils in Braunschweig, Kohlmarkt.

3.2 Sie waren Teilnehmer an folgenden Veranstaltungen: am 26.08.1975 an einer Kundgebung der KBW Ortsgruppe Braunschweig aus Anlaß der geplanten Fahrpreiserhöhung der Verkehrs-AG in Braunschweig, am 10.06.1976 an einer KBW-Kundgebung anläßlich des Besuchs des Ministerpräsidenten Dr. Albrecht in Braunschweig.

3.3 Straf- und Bußgeldverfahren: Verurteilung wegen Sachbeschädigung (wildes Plakatieren) zu einer Geldstrafe von 108,-- DM durch das Amtsgericht Braunschweig; Bußgeldverfahren wegen nicht angemeldeter Informationsstände. Sie wurden vom Amtsgericht Braunschweig zur Zahlung von Bußgeldern in Höhe von 100,-- DM und 200,-- DM verurteilt.

3.4 Sie wurden in folgenden Publikationen genannt bzw. zeichnen verantwortlich für

"KVZ"-Extra- August 1974
"Kommunistische Studentenzeitung" - Organ des KSB Braunschweig - (März 1977)
Flugblatt "Professoren in Politik und Geschichte unterdrücken Erkenntnisse, die der Bourgeoisie schaden" - persönliche Erklärung Ihrerseits (November 1977).

Falls Sie an dem genannten Termin aus wichtigen besonderen Gründen verhindert sein sollten, bitte ich mich umgehend, in jedem Falle rechtzeitig vorher, schriftlich oder fernmündlich unter der Rufnummer Lüneburg 25 726 zu benachrichtigen und einen neuen Termin mit mir zu vereinbaren.

Ich habe Sie ferner dazu zu hören, warum Sie anläßlich Ihrer Einstellung in den Schuldienst in der Erklärung vom 03.05.1978 ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, das gegen Sie anhängig war, wegen vorsätzlichen Körperverletzung pp. nicht angegeben haben.

Mit verbindlicher Empfehlung
Im Auftrage

Schmidt

BezReg Lüneburg an StA Braunschweig vom 30. Juli 1979, Mitteilung über Akteneinsicht durch Anwälte von Peter Rosenbaum und Anfertigung von Kopien, darunter auch zwischenzeitlich veröffentlichte Auszüge aus der Personalakte

1.) Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
Postfach 5162

3300 Braunschweig

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom: 1 Js 17 548/77 v. 26.06.79
(Bitte bei Antwort angeben) Mein Zeichen: 410
Telefon (0 41 31) 25-7 26 oder 15-1 bzw. 25-1
Lüneburg, .07.1979

Strafsache gegen den Studienreferendar Peter Rosenbaum u. a.
wegen Nötigung u. a.

Anlage: 1

Ich danke für die Übersendung der Ihrem Schreiben vom 26.06.79 beigefügten Blattsammlung. In dem Verfahren zur Entlassung des Studienreferendars Rosenbaum aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf nahmen die Herrn Rosenbaum vertretenden Rechtsanwälte am 08.05.79 bei der Bezirksregierung Hannover Akteneinsicht und erhielten auf ihren Antrag von dort Kopien einiger Blätter der Personalakte. Darunter befand sich der in der "Asta-Information" vom 19.06.79 veröffentlichte Vermerk. Dieser Vermerk ist durch ein Versehen in die Personalakte gelangt.

Beamtenrechtliche Konsequenzen wegen der Veröffentlichung erübrigen sich, da das Beamtenverhältnis des Studienreferendars Rosenbaum in Kürze beendet sein wird.

Anliegende Kopie eines Schreibens der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig übersende ich zur Kenntnis.

Wandhoff
Regierungspräsident

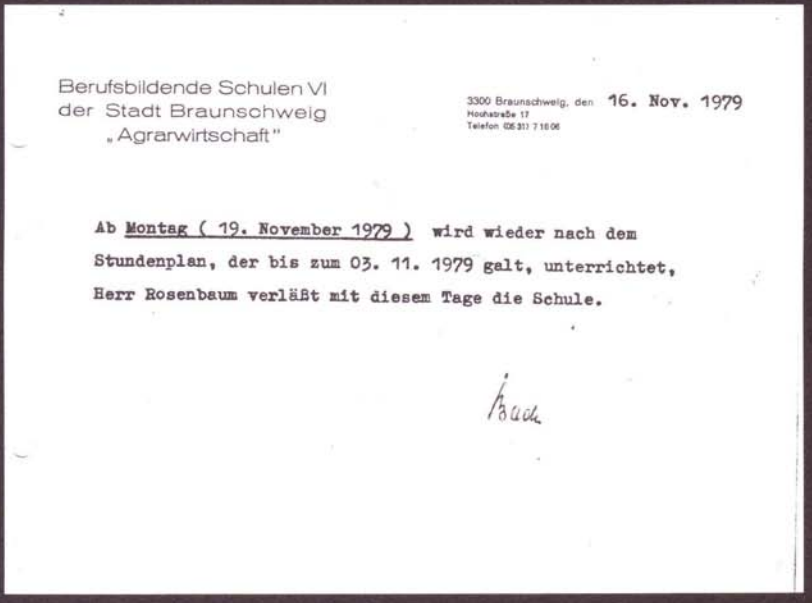
RVP | 4 | 410

2.) Wv. bei 410

-410-

022.06-01
11.77

Aushang in der BBS VI Braunschweig vom 16. November 1979 mit der Mitteilung, dass Herr Rosenbaum an diesem Tage die Schule verlässt



Berufsbildende Schulen VI
der Stadt Braunschweig
„Agrarwirtschaft"

3300 Braunschweig, den 16. Nov. 1979
Hauptstraße 17
Telefon (0531) 71606

Ab Montag (19. November 1979) wird wieder nach dem Stundenplan, der bis zum 03. 11. 1979 galt, unterrichtet, Herr Rosenbaum verläßt mit diesem Tage die Schule.

Bach

Was hat das Berufsverbot mit mir gemacht?

Die Aufforderung zu einer Anhörung bekam ich 1978 während meines Referendariats in Celle durch die damals noch existierende Bezirksregierung Lüneburg und nicht etwa – wie wohl sonst – durch die Landesregierung in Hannover.

Die gleich mit angedrohten Konsequenzen, wie Entfernung aus dem Referendariat und Rückzahlung aller während der absolvierten Referendarzeit erhaltenen Bezüge, versetzten die ganze junge Familie in Anspannung. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt bereits einen einjährigen Sohn und das zweite Kind war unterwegs.

Meine Frau erinnert sich noch sehr lebhaft an die bedrohliche Situation:

- „Konflikte in der Ehe, weil durch die 1-Jahres-Arbeitsverträge eine existenzielle Unsicherheit entstand.
- Jedes Mal wusste man nach einem Jahr der Beschäftigung nicht, ob ein neuer Arbeitsvertrag zustande kommen würde oder nicht.
- Die junge Ehe war gefährdet, weil man sich noch nicht so gut kannte und deshalb nicht wusste, ob der Partner trotz der angespannten Situation einen Ausweg finden würde.
- Es war bei zwei Kindern, später dann drei, eine existenzielle Bedrohung und Lebenserschwernis, trotz Berufsverbot die Familie zu ernähren."

Ich kam übrigens damals der „Einladung" zur Anhörung nach Lüneburg nicht nach und vertrat die Begründung für diese Entscheidung auch öffentlich. Das Kollegium in der Schule und vor allem im Ausbildungsseminar gaben mir Rückhalt; auch meine Wahl zum Personalratsvorsitzenden des Ausbildungsseminars Celle und die GEW halfen mir sehr. So konnte ich das Referendariat erfolgreich beenden.

Die Begründung des Stillhaltens der Behörde im Anhörungsverfahren erfuhr ich erst später aus einer Akteneinsicht. Man mutmaßte, das Anhörungsverfahren nicht vor der Beendigung des Referendariats beenden zu können.

Danach wurde ich quasi „aus Versehen" zunächst aushilfsweise 1979 in einer Berufsschule in Braunschweig beschäftigt, weil meine Fächerkombination mit Physik, Mathematik und Politik gefragt war, aber durch Intervention aus Lüneburg postwendend nach drei Monaten „freigestellt".

Nach mehreren Bewerbungsanläufen gelang es mir schließlich rund ein Jahr später, in der Erwachsenenbildung als befristete Honorarkraft zu arbeiten, allerdings ohne Sozialversicherung, weil Honorarkräfte als Selbstständige geführt wurden.

In der Erwachsenenbildung schließlich konnte ich dann Ende 1981 mit festem, sozialversicherten Arbeitsverhältnis in einer Leitungsfunktion Fuß fassen.

Zeitgleich wurde ich damals auch noch in den Rat der Stadt Braunschweig gewählt, wozu die Öffentlichkeit meines Berufsverbots-Verfahrens wohl etwas beigetragen haben dürfte.

Foto von einer spielerischen studentischen Aktion während des Mensaboykotts an der TU Braunschweig 1976, in der Mitte hinter dem Tisch, einen Ball werfend, Peter Rosenbaum